
Arno Klönne

Zurück zur Nation?

Risiken der Suche nach deutscher Identität

Prof. Dr. Arno Klönne, geb. 1931 in Bochum, ist Professor für Soziologie an der Universität/Gesamthochschule Paderborn.

Der Sozialphilosoph Günter Rohrmoser, von Franz Josef Strauß als „brillanter Analytiker“ belobigt, hat Ende 1984 in einem vielbeachteten Aufsatz in der Zeitschrift „Criticön“ eine „Wende nach der Wende“ verlangt; die Unions-

Parteien könnten derzeit - so Rohrmoser - ihren historischen Führungsauftrag in der deutschen Politik nicht über die Verwaltung des Bestehenden hinaus realisieren, weil es noch an der ideologischen Vorbereitung, am Wandel des Bewußtseins mangle. Eine zweite, „geistige Wende“ müsse erst die Voraussetzungen dafür bereitstellen, daß Regierungspolitik gesellschaftsverändernd wirken könne; eine erfolgreiche „konservative Alternative“ müsse sich auf „nationale Identität“, nicht auf „eine geschichtslos-abstrakte demokratische Identität“ gründen.

Der Politikwissenschaftler Bernard Willms, seit seinem Buch „Die deutsche Nation“ zum führenden Theoretiker des westdeutschen Neonationalismus avanciert, sieht diese geistige Wende als bereits in Gang gesetzt: „Zweifellos müssen wir es positiv veranschlagen, daß man in Deutschland heute auf eine Weise von der Nation reden kann, die vor ein paar Jahren noch nicht möglich war. Im politisch-geistigen Spektrum verschiebt sich das, was man - leichtfertig mit dem Wort - als ‚rechtsradikal abtun kann, eben nach rechts.“

Caspar von Schrenck-Notzing, Herausgeber von „Criticön“, hat die folgende Periodisierung der Ideengeschichte der Bundesrepublik angeboten: Für die fünfziger Jahre sei die Philosophie des „Wirtschaftswunders“, für die sechziger Jahre die der „Kulturrevolution“ kennzeichnend gewesen; die siebziger Jahre hätten eine „Tendenzwende“ erbracht, und in den achtziger Jahren werde nun „der deutsche Imperativ“ zum Schlüsselbegriff; die Frage nach der wiederzugewinnenden „nationalen Identität“ verlagere sich aus der Peripherie ins Zentrum des öffentlichen Bewußtseins.

Was immer der „deutsche Imperativ“ sein und wohin er führen mag, kaum zu bestreiten ist, daß der politische und kulturelle Diskurs in der Bundesrepublik zunehmend durch den Drang bestimmt ist, „nationale Identität“ zu finden. Die Suche danach hat vielerlei und in den Grundmotiven nicht immer übereinstimmende Ausgangspunkte; die sozialen und politischen Potentiale, die an dieser Suche beteiligt sind, bieten ein weites Spektrum; die mit dem Verlangen nach „nationaler Identität“ sich verbindenden gesellschaftlichen Perspektiven sind vielgestaltig und zum Teil kaum miteinander vereinbar. Aber es existieren Schnittmengen in der Begrifflichkeit und Argumentation, und es bilden sich gedankliche und praktische Berührungspunkte heraus, von denen Einflüsse auf die ideologischen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik ausgehen.¹

Die Suche nach „nationaler Identität“ meint nicht so sehr deutsch-deutsche politische Beziehungen, es geht dabei nur zum Teil um die „Deutschlandfrage“; im Mittelpunkt stehen „deutsche Fragen“ im Sinne politischer Philosophie und Kultur, also gesellschaftliche Leitbilder, historisch-politische Deutungsmuster.

¹ Die Überlegungen dieses Beitrags sind näher ausgeführt in: A. Klönne, Zurück zur Nation? Kontroversen zu deutschen Fragen, Köln 1984.

In vielen Ländern der „westlichen Welt“ sind gegenwärtig Entwicklungen zu beobachten, die auf eine Umschichtung vom traditionellen Konservatismus (autoritären oder liberalen oder technokratischen Zuschnitts) zur „Neuen Rechten“, auf eine Re-Nationalisierung der Politik, auf eine nationalisierende Umdefinition sozialer Probleme und auf eine Wiederkehr sozialbiologischer, gegen das Egalitätsprinzip gerichteter Weltanschauungen hinauslaufen. In der Bundesrepublik bewegen sich solche Tendenzen aber in einem besonders dichten Traditionszusammenhang, und sie haben hier besonders problematische Bezüge zur Nationalgeschichte und zur Gegenwart der (zweigeteilten) Nation.

Historische Bedingungen westdeutscher Liberalität

Eine realistische Einschätzung der Risiken einer deutschen Suche nach „nationaler Identität“ macht es notwendig, an die spezifischen historischen Umstände zu erinnern, unter denen sich eine demokratische Staatsform und ein liberales Gesellschaftsverständnis hierzulande herausbilden konnten. Das Ende des NS-Staates und damit die Voraussetzung für ein „westliches“ Politikmodell in West-Deutschland waren machtpolitisch allein dem Sieg der Alliierten im Krieg gegen Hitler-Deutschland zu verdanken. Die Kräfte der deutschen Gegner des NS-Regimes hatten nicht ausgereicht, um dessen Herrschaft zu erschüttern oder gar zu beenden. Die Mehrheit der Deutschen hatte sich, mehr oder weniger überzeugt, in das NS-System integrieren lassen. Demokratische Potentiale, die das Dritte Reich hatten überdauern können, waren gewiß Träger beim Aufbau einer freiheitlich-demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik; aber ohne den Eingriff von außen her hätte ihnen das historische Fundament gefehlt. Zweifellos hat 1945 das Desaster des NS-Staates manche ehemaligen Anhänger oder Mitläufer Hitlers zum Nachdenken und Umdenken veranlaßt; aber es hing doch vor allem mit dem ökonomischen und sozialen Aufstieg der „Wirtschaftswunderzeiten“ zusammen, daß die große Majorität der Westdeutschen sich in der „geschenkten“ Demokratie einrichtete, sich mit dem „Provisorium“ des Teilstaates abfand und die deutsche Niederlage 1945 nicht in den Zorn der Besiegten auf die Sieger umsetzte. Die materielle Wohlbefindlichkeit, wie sie sich ab Anfang der fünfziger Jahre als Entwicklungsperspektive abzeichnete, ersparte der westdeutschen Demokratie für lange Zeit die Probe aufs Exempel und bot Raum für allmähliche Lernprozesse. Die Verunsicherung der politischen Leitbilder in der Bundesrepublik, wie sie in der Suche nach „nationaler Identität“ ihren Ausdruck findet, hat wiederum auch ihre ökonomischen und sozialen Gründe; die wirtschaftlichen Schönwetterzeiten sind vorüber, der Traum von der immerwährenden Prosperität ist dahingeschwunden, und damit sind einige Stützen westdeutscher Selbstgewißheit ins Wanken geraten. Problemdruck setzt Ideologiebedarf frei und läßt Neigungen hervortreten, gesellschaftliche Konflikte in Identitätskrisen umzudeuten, die durch die „Rückkehr zur Nation“ lösbar seien. Aber was kann diese bedeuten?

Wieder „normal werden“?

Der Unionspolitiker Alfred Dregger hat vor einigen Jahren ein Argument unter die Leute gebracht, das seitdem Schule gemacht hat und in zahlreichen Abwandlungen zu einem Bestandteil der veröffentlichten Meinung geworden ist: Die Deutschen, so Alfred Dregger, müßten „wieder normal werden“, sie müßten „aus dem Schatten Hitlers heraustreten“. Ludolf Hermann, ein maßgeblicher Publizist im Feld der Unionsparteien und der „Wirtschaft“, hat das Ende der „Periode der deutschen Selbstkasteiung“ angekündigt und verlangt, die Deutschen sollten die „Allergie gegen ihre Traditionen und Eigenarten“ nun endlich beiseite lassen. Hans Filbinger, CDU-Ministerpräsident a. D., hat den Satz beigesteuert, es sei „allzulange mit der Vergangenheitsbewältigung nationale Selbstzerstörung betrieben“ worden. Für den Historiker Hellmut Diwald „schleppt sich Deutschland seit mehr als einem Drittel-Jahrhundert in dem würdelosesten Zustand seiner Geschichte dahin“ (so als sei es vor 1945 in Deutschland denn doch eher würdevoll zugegangen), ist das Jahr 1945 „der verheerendste Bruch“ im deutschen Geschichtsbewußtsein; und in der Gründungserklärung des „Deutschlandrates“ (Unterzeichner außer Diwald u. a. Armin Mohler, Wolfgang Seiffert und Bernard Willms) heißt es: „Wir wollen wieder eine normale Nation sein. Dazu gehört auch die Entkriminalisierung unserer Geschichte.“ All diese Äußerungen gelten nicht etwa als „extremistisch“, sondern sie finden sich in gewissermaßen seriösen Bereichen der politischen Stammkultur der Bundesrepublik und erscheinen auch manchen Kritikern als immerhin diskutabel.

Welche „Anomalitäten“ sind es, von denen das westdeutsche politische Denken nun wieder ablassen soll? Welcher „Bruch“ soll da geheilt werden, was soll „entkriminalisiert“ werden? Was geschah im deutschen politischen Bewußtsein in den Jahren nach 1945, „im Schatten Hitlers“?

Es vollzog sich damals, durch die militärische Niederlage Hitler-Deutschlands machtpolitisch erst ermöglicht, der mühsame Versuch, deutsches politisches Denken aufs neue vertraut zu machen mit dem Konzept der Aufklärung, mit liberalem Politikverständnis, mit dem Anspruch auf Freiheit und Gleichheit, mit dem Vorrang der Menschenrechte - also über einen Wertewandel das nachzuholen und wiedereinzubringen, was in der herrschenden historischen Realität Deutschlands bis 1945 nicht zum Zuge gekommen oder wieder verdrängt worden war, was also nicht zur „deutschen Normalität“ hatte werden können. Betrieben wurde „im Schatten Hitlers“ nicht der Bruch mit „der“ deutschen Geschichte, sondern der Bruch mit ganz bestimmten, nämlich antidemokratischen Entwicklungslinien der Geschichte in Deutschland; es wurde nicht „die“ deutsche Vergangenheit „kriminalisiert“, sondern ganz bestimmte historische Ausformungen von Politik und politischem Denken in Deutschland wurden als das bewertet, was sie waren: als Menschenverachtung und Menschenvernichtung.

Demgegenüber führt die Aufforderung zur „deutschen Normalität“ dahin, wenn schon nicht die braunen, dann doch mindestens die schwarz-weiß-roten

Traditionsstränge deutscher Geschichte zu rehabilitieren, so als hätte die NSDAP nichts mit den „Alldeutschen“ und Hitler nichts mit Hugenberg zu tun gehabt.

Die politische Philosophie des Neonationalismus

Wie der neonationalistische Diskurs auch dort, wo er seinen Ausgang nicht im NS-Rechtfertigungdenken oder in der Faszination eines „erneuerten“ Nationalsozialismus hat, in seiner Konsequenz solchen ideologischen Richtungen den argumentativen Spielraum erweitert, läßt sich an der Theorie des „nationalen Imperativs“ bei Bernard Willms erkennen - und an deren Rezeption.²

Willms geht davon aus, daß „nach mehr als dreißig Jahren der Nationvergessenheit die Deutschen als Deutsche wieder sich selber zum Problem werden; vorbei scheint die Zeit einer babylonischen Gefangenschaft.“ Die „Existenz der Nation“ ist für Willms „das unumgänglich Erste: Es gibt keine Idee über der Idee der Nation“, „es gibt keine der Idee der Nation übergeordneten Prinzipien, schon gar keine moralischen“, „Identität hegt in der Nation, nicht in der Verfassung“. Der „sogenannte Antifaschismus“ ist für Willms „kollektiver Selbsthaß, identitätsstörend“; er verkündet: „Die Deutschen müssen die ‚Vergangenheitsbewältigung‘ zu einer Sache der Wissenschaft neutralisieren. Wer Schuld predigt oder die Wunde Hitler offenhält, kämpft nicht um, sondern gegen die Identität.“ Willms fordert die Deutschen auf, „zu erkennen, daß die Trennung von Politik und Moral auch eine Errungenschaft war“; die moralische Verurteilung der Verbrechen des Nationalsozialismus sei nichts weiter als „eine Waffe im fortgesetzten Versuch zur Niederhaltung der Deutschen als Nation“, die Beurteilung des Nationalsozialismus „nach scheinbar übergeordneten Kategorien wie Humanität, Freiheit, Liberalität und Demokratie“ sei „nichts anderes als die Fortsetzung des Krieges (gegen Deutschland) mit anderen Mitteln, ein Instrument, um den Sieg über Deutschland nachhaltiger zu machen.“ Willms empfiehlt (wie auf etwas andere Weise auch Rohmoser) die Rückbesinnung der Deutschen auf Ideen der „konservativen Revolution“ und übernimmt das zentrale Argument dieser „deutschen Bewegung“, nämlich: Deutschland sei innerlich bedroht durch „westlichen Liberalismus“, durch die „Mittelmäßigkeit einer Massenkultur, deren Gleichheitsvorstellungen alle Freiheit ersticken“ (Willms). Die materiellen Probleme, in die sogenannte Massengesellschaften gegenwärtig geraten, sind für Willms Grund zur Hoffnung: „Wenn die individuell sich steigernde Erfahrung von Not, der Sinnlosigkeit, der Arbeitslosigkeit, der Ausweglosigkeit, auch der Armut, nicht mehr so einfach durch Fortschritte im Konsum oder durch anderes kompensiert werden kann, dann muß das Bedürfnis nach allgemeinen Lösungen steigen.“ Die allgemeine Lösung: der „nationale Imperativ, kategorisch“. Die „Deutschen Monatshefte“, eine Zeitschrift, die um

² Siehe hierzu B. Willms, Die deutsche Nation, Köln 1982, Neuauflage Tübingen 1984. Ferner die Beiträge von Willms in „Nation Europa“, 11/12-1983.10/11-1984, 5/6-1985 und das Interview mit Willms in Heft 1-1985 der Zeitschrift „report“ des Nationaldemokratischen Hochschulbundes.

den Schulterschluß von Rechtskonservatismus und Neuer Rechten bemüht ist, setzt Willmsche Thesen ins Populäre um; dort heißt es: „Der Weg zur Selbstfindung der Deutschen geht über die Trümmer der KZ-Denkstätten“, und es wird der „Mut“ verlangt, „mit der parlamentarischen Demokratie als dem Resultat einer von außen begünstigten Fehlentwicklung zu brechen.“ Für „Antifaschisten“, so schreibt diese Zeitschrift, sei „im künftigen Deutschland kein Platz“.³

Hans-Dietrich Sander, Redakteur der „Deutschen Monatshefte“ (der auch in der Tageszeitung „Die Welt“ zu Wort kommt), fordert eine „selbstverständlich revisionistische, wenn es sein muß, auch revanchistische Politik“; der Weg dorthin führe über „die anschwellende soziale Not der kommenden Jahre“, die eine „neue politische Elite“ hervorbringen werde, die „auch über die Kraft und den Elan zur militärischen Remedur gebietet“.⁴

Der Neonationalismus in all seinen Varianten setzt nicht auf Möglichkeiten einer erneuten Entspannung der materiellen Probleme in der Bundesrepublik, auch nicht auf eine Restauration der Restauration; die „Adenauer-Ära“ ist ihm zutiefst zuwider. Er bereitet vielmehr politische Auffangstellungen vor für den erwarteten und erhofften Fall eines Weiterlaufens ökonomischer und sozialer Krisen; Enttäuschungen über sozialdemokratische oder sozialliberale wie andererseits über altkonservative oder liberalkonservative gesellschaftliche Projekte sollen das Bedürfnis nach einem „Vierten Reich“ (wie die „Deutschen Monatshefte“ es nennen) freisetzen.

Bemerkenswert ist dabei, wie Argumente und Autoren des Neonationalismus zunehmend weniger Schwierigkeiten haben sowohl im Bereich der verfassungsschützerisch als rechtsextrem klassifizierten Gruppen und Publikationen als auch in dem Terrain wirksam zu werden, das nicht im Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit steht, sondern - oberflächlich betrachtet - einem regierenden Konservatismus zugeordnet wird. Bernard Willms beispielsweise veröffentlicht in „Nation Europa“, aber auch in der „Welt“, er referiert bei der „Gesellschaft für freie Publizistik“, aber auch beim unionsnahen Studienzentrum Weikersheim. Die Trennlinie zwischen einem rechtsextremen und einem konservativen Diskurs, wie sie für die Jahrzehnte nach 1945 in der Bundesrepublik kennzeichnend war, ist offenbar in Auflösung begriffen; im Zeichen des „nationalen Imperativs“ und der Wiederanknüpfung an die „deutsche politische Philosophie“ (die „Ideen von 1914 gegen die Ideen von 1789“) kommt es zu einer zunächst ideologischen Umgruppierung. Es hat seine Logik, daß dabei die Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus als „identitätsstörend“ beiseitegeschoben werden muß; auf eben diese Weise läßt sich am besten jener Deutschnationalismus rekonstituieren, der vor dem Nationalsozialismus lag - und der nun in seiner historischen Eigenschaft als Wegbereiter des Dritten Reiches nicht mehr in den Blick kommen soll.

3 P. Mendrina in „Deutsche Monatshefte“, Heft 1-1985.

4 H. D. Sander, Die Rückkehr des nationalen Elements in die Politik, Göttingen 1983.

Vereinnahmungskalküle

Bemerkenswert sind aber auch diskurspolitische Verbindungslinien zwischen dem Neonationalismus und Argumentationsmustern, die im Terrain der ökologischen Bewegung, der Grün-Alternativen oder der „freischwebenden Linken“ derzeit zu finden sind. Solche Berührungspunkte sind es, die dem „nationalistischen Imperativ“ den Anschein des Innovativen, „Zeitgemäßen“ geben, obwohl genaueres Hinsehen zeigt, daß auch schon die „deutsche Bewegung“, längst vor 1933, ihre lebensreformerischen, industrialismuskritischen und antikapitalistischen Beimischungen hatte.

Die gegenwärtige Suche nach „natürlicher Lebenswelt“ enthält Unterströmungen, die auf eine in Deutschland aus historischen Gründen „bodenständige“ Lebensphilosophie zurückführen; wenn gegen den „Modernismus“ Umwelt als „Heimat“ wiedergewonnen werden soll, kann der Gedanke sich nahelegen, es sei der „westliche“ Rationalismus oder Liberalismus gewesen, der die industriekapitalistisch-technische Entfremdung zuwege gebracht habe; der Protest gegen „Überfremdung“ deutscher Heimatlichkeit ist eine mögliche Konsequenz, und das Unbehagen an der „Kolonisierung“ von Lebenswelten wird dann umgebogen in das Verlangen nach „deutscher“ Lebensweise, in den Affekt gegen „westliche Kulturkolonialherrschaft“ in der Bundesrepublik. Der Wunsch nach primären und überschaubaren sozialen Systemen und Beziehungen ist umdeutbar in die überkommene Gegenüberstellung von „deutscher Kultur“ und „westlicher Zivilisation“, von „deutscher Gemeinschaft“ und „westlicher Gesellschaft“. Wenn die „Natur“ als Modell für historisch-gesellschaftliche Ordnungen gedacht wird (und welche „Natur“?), dann öffnen sich gedankliche Wege in den Sozialbiologismus, in die Biopolitik, auch in die Distanzierung von gesellschaftlicher „Gleichmacherei“. An dieser Stelle wartet aber bereits die Neue Rechte auf den Ideologiebedarf grün-alternativer Natursucher, auf deren Distanzierung von allen (humanistischen, christlichen, sozialistischen) „Universalismen“. Nicht von ungefähr haben sich rechtsextreme Publikationen seit Jahren schon der ökologischen Thematik angenommen.

Aber auch die Friedensbewegung hat Unterströmungen, die in die Nähe des neonationalistischen Diskurses führen können. Wenn der Protest gegen die Superrüstung sich zur Kritik der Rüstung nur der Supermächte vereinseitigt, wenn die Ursachen der Kriegsgefahr in Europa in der Teilung der deutschen Nation durch die „Besatzer“ nach 1945 gesehen werden, wenn die These aufgestellt wird, allein die Wiedervereinigung Deutschlands könne den Frieden in Europa verbürgen, dann ist der „nationale Imperativ“ nicht weit: Gesamtdeutsche Souveränität, „Abschütteln der Fremdherrschaft“, gar „Kampf gegen das Super-Versailles“ erscheinen als Schlußfolgerungen einer deutschen Friedensbewegung, oder, in einer Formel des Publizisten Wolfgang Venohr: „Frieden wollen heißt nichts anderes als die Einheit Deutschlands wollen.“

Solche Perspektiven können sich auch mit gesellschaftspolitischen, sozusagen linksnationalen Hoffnungen verbinden: „Befreiungsnationalismus“, Ablösung der Westdeutschen vom „westlichen“ Kapitalismus, der Ostdeutschen vom „östlichen“ Kommunismus als Weg in eine „dritte“, „deutsche“ Gesellschaftsverfassung, in die „nationale Identität“ eines „authentischen Sozialismus“.

Daß solche Erwartungen angesichts der weltpolitischen Bedingungen, aber auch der innergesellschaftlichen Voraussetzungen keinen Realitätsgehalt haben, gilt im Zentrum des Neonationalismus als sicher; man spekuliert hier aber darauf, daß „Linksnationalismus“ oder „friedensbewegter Patriotismus“ Transmissionsleistungen erbringen können, Zubringerdienste also für das eigene politische Lager. Hans-Dietrich Sander hofft gar, daß der deutsche Protest gegen die Superrüstung auf dem Wege über den Affekt gegen das „Super-Versailles“ schließlich die Forderung nach einer deutschen Verfügung über die „Superwaffe“ akzeptabel machen könne.

Um Mißverständnisse zu vermeiden: Die Friedensbewegung hat einen neuen Nationalismus nicht als zwangsläufige innere Konsequenz, und die ökologische oder grün-alternative Bewegung führt nicht zwangsläufig in eine neue „deutsche Bewegung“ hinein. Aber zu bedenken ist, daß antidemokratische Politik sich historisch auch durchsetzte im Zuge der Vereinnahmung und schleichenden ideologischen Verlagerung zunächst durchaus berechtigter Bedürfnisse, im Zuge der Verkehrung von Utopien, die menschenfreundlich sein wollten, in Versatzstücke menschenfeindlicher politischer Projekte.

Die Geschichte wiederholt sich nicht im banalen Sinne, und Bonn ist nicht Weimar. Aber es gibt keine Garantie der Geschichte gegen die Wiederkehr des strukturell Ähnlichen, auch nicht gegen die Wiederkehr von Ideologien, die sich bereits als katastrophenhaltig erwiesen haben. Die Bundesrepublik ist nach der gegenwärtigen Lage der Dinge nicht von einem neuen Faschismus bedroht. Sie steht aber vor der Frage, ob und in welchem Umfange sich Welt-sichten, Gesellschaftsbilder und politische Leitideen reaktualisieren können, die dem deutschen Faschismus einst den historischen Vorraum bereitstellten.